

## Ein neues Parlamentshaus.

Der deutsche Reichstag wird seine nächste Session in einem neuen, eigenen Reichstagsgebäude abhalten.

Bis zur vorigen Session hatte der Reichstag keine eigene Stätte. Er wohnte als Gast zuerst in den Räumen des Preussischen Herrenhauses, sodann nach seiner Ausdehnung auf ganz Deutschland in den größeren Räumen des Abgeordnetenhauses. Es entsprach der äußerlich anspruchslosen Entwicklung aller Einrichtungen des Norddeutschen Bundes, daß auch der Reichstag sich mit seinen Bedürfnissen zunächst an Vorhandenes und Gegebenes anlehnte. Sobald aber, in Folge der einmütigen Erhebung und der gemeinsamen Siege Deutschlands, der nationale Keim, welcher im Norddeutschen Bunde und im Zollparlament lag, zur vollen Entfaltung gelangt war, sobald aus dem vorläufigen Bunde das Deutsche Reich in seiner ganzen Machtfülle entstanden war, erkannte die Reichsregierung es mit dem Reichstage als eine innere und äußere Nothwendigkeit an, daß für die Gesamtvertretung des deutschen Volkes ein eigenes, der Bedeutung und Würde derselben entsprechendes Parlamentshaus, zugleich als Monument zum Gedächtniß des großen Jahres, in welchem das Deutsche Kaiserreich neu entstanden ist, errichtet werde.

Da jedoch die Vorbereitung und Ausführung eines solchen monumentalen Baues eine längere Reihe von Jahren erfordern wird, die weitere Benutzung der überaus mangelhaften Räume des Abgeordnetenhauses aber mit großen Uebelständen verknüpft wäre, so wurde am Schlusse der vorigen Reichstagsession die Errichtung eines einstweiligen Reichstagsgebäudes beschlossen und Dank der eifrigen Förderung Seitens des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck in der kurzen Zwischenzeit von einigen Monaten trotz erheblicher, unerwarteter Schwierigkeiten glücklich vollendet.

In diesem Augenblicke steht der neue Bau, welcher allen geschäftlichen Bedürfnissen und Ansprüchen des Reichstages genügen dürfte und ungeachtet seiner nur vorübergehenden Bestimmung mit einem gewissen Glanz ausgeführt ist, fertig da, um die Vertretung des deutschen Volkes bei ihrer bevorstehenden Zusammenkunft würdig aufzunehmen.

Die Wünsche und Hoffnungen des ganzen Vaterlandes werden den Reichstag an seine neue Stätte geleiten.

Wenn wir aber Angesichts dieser neuen Räume die Gedanken zurückschweifen lassen auf die bisherige Wirksamkeit des Reichstages, so dürfen wir mit gutem Grunde unsere patriotischen Wünsche schließlich dahin zusammenfassen, daß die Arbeit der Reichsvertretung in den neuen eigenen Räumen ebenso erfolgreich und gesegnet sein möge, wie es die bisherige Wirksamkeit des Reichstages seit 1867 gewesen ist.

Es möchte kaum ein Beispiel in der Geschichte der großen Staaten geben, daß eine so bedeutsame Neugestaltung, wie es die Errichtung und allmähliche Ausbildung des Norddeutschen Bundes war, in so kurzer Zeit mit solcher Ruhe, Folgerichtigkeit und Sicherheit, im Verein zwischen den Regierungen und der Volksvertretung durchgeführt worden ist. Bei der ganzen Entwicklung, wie sie bis zum Sommer 1870 stattgefunden hatte, kam es darauf an, daß der leitende nationale Gedanke, welcher über die nächsten und greifbaren Aufgaben hinaus auf eine zukünftige höhere Gestaltung hinielte, im vollen Einverständnis zwischen Regierung und Reichstag gepflegt und festgehalten wurde. Nur so konnte es geschehen, daß in der Stunde der Erfüllung die Ausdehnung der geschaffenen Einrichtungen auf das ganze deutsche Vaterland sich ohne Schwierigkeit vollziehen konnte.

Jene segensbringende parlamentarische Arbeit beruhete vor Allem auf dem Geiste des Vertrauens zwischen Regierung und Volksvertretung, welcher eine Frucht des Jahres 1866 war und durch welchen die frühere Herrschaft des bloßen Parteiwesens überwunden worden ist.

Wenn aber der Geist von 1866 so nachhaltig und segensreich gewirkt hat, wie sollte nicht die Weihe des letzten gewaltigen Jahres, der Geist einmütigen Willens und Strebens, der das ganze deutsche

Volk so mächtig durchdrang und so Großes erringen ließ, wie sollte nicht der Geist von 1870 sich auch in dem weiteren friedlichen Ausbau des deutschen Reiches betheiligen!

So möge denn die parlamentarische Arbeit in dem neuen Reichstags Hause fort und fort von dem ächt nationalen Sinn getragen sein, der in der jüngsten großen Zeit alle Gemüther erfüllt und erhoben hat; — möge der Geist aufrichtiger Gemeinschaft und vollen Vertrauens zwischen den verbündeten Regierungen und der nationalen Vertretung immerdar die sichere Grundlage und Bürgschaft einer segensreichen parlamentarischen Entwicklung bleiben!

**Verhandlungen mit Frankreich.** Der französische Finanz-Minister Pouyer-Quertier ist in Berlin eingetroffen, um die seit mehreren Wochen schwebenden wichtigen Verhandlungen womöglich zu einem befriedigenden Abschlusse zu führen. Für Frankreich handelt es sich dabei um den Wunsch, die frühere Räumung eines Theils der noch von unseren Truppen besetzten Departements zu erreichen. Nach dem Friedensvertrage mit Frankreich soll die vierte halbe Milliarde am 1. Mai 1872 gezahlt werden, und soll die deutsche Okkupation alsdann nur noch die sechs Departements der Champagne und von Französisch-Lothringen, sowie das Gebiet der Festung Belfort umfassen. In Frankreich ist nun der Wunsch allgemein verbreitet, eine solche Beschränkung der deutschen Okkupation schon vor jenem vertragsmäßigen Termine, dem 1. Mai l. J., zu erreichen.

Die französische Regierung erkannte jedoch, daß sie selbst unter Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Hülfsmittel außer Stande sei, die Zahlung der vierten halben Milliarde sofort in der vertragsmäßigen Form (d. h. in baarem Gelde, in Bankbillets oder in diskontirbaren Wechseln ersten Ranges) zu bewerkstelligen, wenn sie die Geldverhältnisse des Landes nicht einer verhängnisvollen Verwirrung Preis geben will. Unter diesen Umständen mußte sie mit Befriedigung auf einen Vorschlag eingehen, welcher ihr die Möglichkeit bot, ohne die Gefahr finanzieller Zerrüttung baldigst die Räumung der sechs erwähnten Departements zu erlangen. Von deutscher Seite war nämlich in Aussicht gestellt worden, daß man auf eine Räumung vor dem vertragsmäßigen Termine eingehen werde, wenn Frankreich einerseits für die Zahlung der vierten halben Milliarde genügende finanzielle Sicherheit stellen, andererseits aber den gewerblichen Erzeugnissen Elsaß-Lothringens noch für einige Zeit die gewohnten Absatzwege offen erhalten wolle.

Unsere Regierung hätte an und für sich weder aus finanziellen noch aus politischen Gründen Anlaß gehabt, auf ein Abkommen in Betreff der früheren Räumung von sechs Departements einzugehen; — nur der Wunsch, der Industrie von Elsaß-Lothringen eine längere Frist zum Uebergange in die neuen Verhältnisse zu sichern, konnte sie zu Verhandlungen in jener Richtung bestimmen. Als selbstverständlich mußte dabei von vorn herein vorausgesetzt werden, daß die finanziellen Bürgschaften für die demnächstige Zahlung der vierten halben Milliarde unbedingt sicher und unzweifelhaft seien.

Zwischen den Bevollmächtigten Deutschlands und Frankreichs waren auf solchen Grundlagen Vorverhandlungen nicht ohne Aussicht auf Verständigung geführt worden, als der Präsident der Republik, Herr Thiers, bei der Nationalversammlung, welche im Begriffe stand, ihre Thätigkeit für längere Zeit zu unterbrechen, die Zustimmung zu einem von ihm vorgelegten Entwurfe eines Vertrages mit Deutschland beantragte. Schon dieser Regierungsentwurf entsprach, sowohl in Betreff der finanziellen Bürgschaften, welche in demselben nicht erwähnt waren, als auch in Betreff der Vorschläge über die Zollverhältnisse von Elsaß-Lothringen nicht durchaus den diesseitigen Voraussetzungen und Bedingungen; — die französische Nationalversammlung aber entfernte sich noch weiter von den vereinbarten Grundlagen und stellte den Forderungen für Elsaß-

Lothringen ihrerseits Bedingungen in Bezug auf die Einfuhr französischer Waaren gegenüber, denen schlechterdings nicht Folge gegeben werden konnte, ohne die Zollverhältnisse des neuen Reichslandes und des gesammten deutschen Zollgebietes in Verwirrung gerathen zu lassen. — Der Beschluß der Nationalversammlung beruhte augenscheinlich auf mehrfachen Täuschungen sowohl über die Stellung Deutschlands zur Sache, als auch über die finanzielle Lage Frankreichs, welche, wie man erwähnte, der Regierung allenfalls eine sofortige wirkliche Zahlung der vierten halben Milliarde gestatten würde. Vergeblich trat Herr Thiers diesen Irrthümern entschieden entgegen und versicherte, daß er die erforderlichen Zahlungsmittel nicht beschaffen könnte, ohne den Geldmarkt in die tiefste Zerrüttung zu stürzen. Deshalb halte er es für Pflicht, auf Vorschläge einzugehen, welche nur finanzielle Bürgschaften statt der wirklichen Zahlung in Anspruch nehmen und Frankreich den Vortheil bieten, daß die Räumung von sechs Departements unmittelbar erlangt und das Okkupationsheer um 30,000 Mann und 12,000 Pferde vermindert werde. „Solche Anerbietungen zurückzuweisen (sagte Herr Thiers) sei ein wahrer Frevel.“

Nichtsdestoweniger faßte die National-Versammlung jenen Beschluß, durch welchen das beabsichtigte Uebereinkommen zunächst vereitelt wurde. Die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungen sind jedoch bald darauf wieder aufgenommen worden; von deutscher Seite sind die Bedingungen, unter welchen die von Frankreich gewünschte frühere Räumung der betreffenden Departements allein zulässig ist, sowohl in finanzieller Beziehung, als auch in Betreff der ferneren Zulassung Elsässisch-Lothringischer Erzeugnisse in Frankreich bestimmt und klar bezeichnet worden. Die französische Regierung, welche auf einen günstigen Ausgang der Verhandlungen Behuf früherer Befreiung französischen Gebietes von der deutschen Okkupation nach wie vor entscheidenden Werth legt, scheint entschlossen, die Sache unter ihrer Verantwortung zum Abschluß zu führen, und hat zur Beseitigung der noch obwaltenden Bedenken, namentlich in Betreff der finanziellen Bürgschaften, den Finanz-Minister Pouyer-Quertier mit Vollmachten zu direkten Verhandlungen mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck versehen.

### Erinnerung an den Oktober 1870.

Gambetta's Proklamation nach seiner Ankunft in Tours am 10. Oktober 1870.

Mitbürger! Auf Befehl der Regierung der Republik habe ich Paris verlassen, um Euch zugleich mit den Hoffnungen, von denen das Volk von Paris erfüllt ist, die Anweisungen und Befehle derjenigen zu übermitteln, welche sich der Aufgabe unterzogen haben, Frankreich von den Fremden zu befreien.

Paris, welches seit siebzehn Tagen belagert ist, bietet das Schauspiel dar, wie mehr als 2,000,000 Menschen, welche alle Zwifligkeiten vergessen, um sich um die Fahne der Republik zu scharen, die Voraussetzung des eindringenden Feindes zu nichte zu machen, welcher auf Zwietracht im Innern rechnete. Die Revolution hatte in Paris weder Geschütze noch andere Waffen gefunden. Jetzt sind in der Stadt 400,000 bewaffnete Nationalgardien, 100,000 Mobilgardien und 60,000 Mann reguläre Truppen. In den Werkstätten werden Geschütze gegossen, die Frauen fertigen täglich eine Million Patronen an. Jedes Bataillon der Nationalgarde hat zwei Mitraillenusen; auch wird sie mit Feldgeschützen versehen, um Ausfälle gegen die Belagerer machen zu können. Die Forts sind mit Marine-Truppen besetzt und mit vortrefflichen Geschützen versehen, welche von den besten Artilleristen der Welt bedient werden. Bis jetzt hat ihr Feuer den Feind verhindert, auch nur das kleinste Erdwerk aufzurichten. Die Enceinte, welche am 4. September nur mit 500 Kanonen besetzt war, hat jetzt deren 3800 mit ausreichender Munition. Hinter der einen Enceinte existirt noch eine andere, von Barrikaden gebildete, deren Bau die Pariser zur Vertheidigung der Republik jetzt wieder aufgenommen haben.

Es ist keine Illusion — Paris ist uncinnehmbar! Es kann weder durch Gewalt noch durch Ueberraschung erobert werden. Zwei andere Mittel blieben den Preußen: der Aufstand und die Hungersnoth; aber weder zu dem einen, noch zu dem andern wird es in Paris kommen. Da die Stadt mit dem Nöthigen versehen ist, so ist sie im Stande, dem Feinde lange Monate hindurch Trost zu bieten.

Große Pflichten werden Euch dadurch auferlegt. Die erste dieser Pflichten ist, daß Ihr keinen anderen Gedanken habt, als den Krieg. Die zweite besteht darin, daß Ihr in brüderlichem Entgegenkommen Euch den Befehlen der republikanischen Regierung fügt, welche durch das Recht der Nothwendigkeit geschaffen ist, und keinen anderen Ehr-

geiz, keine andere Leidenschaft hat, als Frankreich dem Abgrunde zu entreißen, an welchen es die Monarchie geführt hat; sobald das geschehen ist, wird die Republik fest begründet und geschützt sein gegen alle Verschwörer und Reactionäre.

Ich habe mein Mandat übernommen, ohne mich an die Schwierigkeit oder den Widerstand, der meinen Bemühungen entgegengesetzt werden könnte, zu kehren, und obwohl es kaum möglich sein dürfte, durch Thätigkeit das zu ersetzen, was durch den Mangel an Zeit erswert wird.

An Mannschaften fehlt es nicht. Was gefehlt hat, ist entschiedener Entschluß und Konsequenz in der Ausführung des Planes. Wir müssen alle unsere Hülfskräfte, und diese sind unermesslich, anspannen. Wir müssen die Erstarrung der Landbevölkerung verschwinden machen, wir müssen aufstreten gegen die tolle Furcht, wir müssen den Partisanenkrieg vervielfältigen, wir müssen dem Feinde Fallen und Hinterhalte legen, müssen ihn beunruhigen, müssen mit einem Worte einen nationalen Krieg anfangen.

Die Republik ruft die Mitwirkung Aller an. Sie wird alle Fähigen verwenden. In Gemäßheit ihrer Tradition wird sie auch junge Leute zu Führern machen. Der Himmel wird aufhören, unsere Segner zu begünstigen. Die Herbstregen werden kommen, und, zurückgehalten bei Paris, weit entfernt von ihrer Heimath, beunruhigt von uns, werden die Feinde dezimirt werden durch unsere Waffen, durch den Hunger, durch die Natur.

Nein! es ist nicht möglich, daß der Genius Frankreichs sein Antlitz auf immer verhüllt habe, daß die große Nation sich den ihr zukommenden Platz in der Welt durch die Invasion von 500,000 Menschen nehmen läßt. Erheben wir uns in Massen; laßt uns lieber sterben, als die Schmach einer Zersüchtelung Frankreichs erdulden; trotz alles unseres Unglücks bleibt uns noch das Gefühl der Einheit und Untheilbarkeit der französischen Republik.

Ruhmreicher als je wird das belagerte Paris jene unsterbliche Devise aufrechterhalten, welche ganz Frankreich ihm nachsprechen wird: Es lebe die Nation, es lebe die eine und untheilbare Republik.

**Kirchliche Versammlung in Berlin.** Die Theilnahme des deutschen Volkes war in den letzten Wochen vielfach auf große Versammlungen gerichtet, in welchen wichtige kirchliche Fragen verhandelt wurden. Großentheils waren es Fragen kirchlichen Kampfes, theils innerhalb der einzelnen großen Kirchengemeinschaften, theils von Kirche zu Kirche. In diesem Augenblicke ist in Berlin eine große Zahl evangelischer Männer aus ganz Deutschland versammelt, deren Beratungen nicht auf kirchlichen Zwist, sondern auf die Vereinigung aller ernstlichen evangelischen Christen zu gemeinsamem Schaffen auf religiösem und sittlichem Gebiete gerichtet sind. Die großen Aufgaben, welche sich die Versammlung stellt, sind in den Gegenständen der hauptsächlichsten Vorträge bezeichnet: »Was haben wir zu thun, damit unserem Volke ein geistliches Erbe aus den großen Jahren 1870/71 verbleibe?« Ferner: »Die Gemeinschaft der evangelischen Landeskirchen im deutschen Reich«, endlich: »Die Mitarbeit der evangelischen Kirche an den sozialen Aufgaben der Gegenwart.«

Es kann nicht fehlen, daß die Versammlung, welche die bedeutendsten Männer aller Zweige der deutschen evangelischen Kirche in sich faßt, eine mächtige Anregung zur wirklichen ernstlichen Mitarbeit der kirchlichen Kreise an den großen sittlichen und sozialen Aufgaben der Gegenwart gebe, und daß die Beratungen dem deutschen Volke zum Segen gereichen.

**Unser Kaiser** ist am 6. d. M. von Baden-Baden abgereist und über Rastatt, Karlsruhe, Bruchsal, Mannheim und Frankfurt a. M., wo überall Sr. Majestät von Seiten des Volkes ein enthusiastischer Empfang zu Theil wurde, Sonnabend den 7., Vormittags in erfreulichstem Wohlbefinden wieder in der Residenz eingetroffen.

Am Dienstag (10.) wohnte Se. Majestät der Eröffnungssitzung der evangelischen Versammlung in der Garnisonkirche bei. — Unmittelbar darauf versammelte der Kaiser den Ministerrath zu einer Konseilsitzung um sich, um einige wichtige Angelegenheiten mit Bezug auf die bevorstehende Reichstagsession zur Entscheidung zu bringen.

**Unser Kronprinz** hat mit der Kronprinzessin und der Großherzogin von Baden am 4. d. M. die Schlachtfelder von Weißenburg und Wörth besucht. Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit wird zur Eröffnung des Reichstages nach Berlin kommen.

**Der Reichskanzler Fürst von Bismarck** ist Freitag, den 6., aus dem Lauenburgischen hierher zurückgekehrt.

**Der Reichstag** ist durch Kaiserliche Verordnung zum (Montag) 16. d. M. einberufen und wird von Sr. Majestät dem Kaiser eröffnet werden.